

verteilt in Postfächer:

NIEDERSCHRIFT

der 44. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Panketal vom 23.04.2007

<u>Beginn:</u>	19.00 Uhr	<u>Ende:</u>	22.10 Uhr
<u>Anzahl der gewählten Mitglieder:</u>			28 und hauptamtl. Bürgermeister
<u>anwesend:</u>	zu Beginn später:		23 und hauptamtl. Bürgermeister 26 und hauptamtl. Bürgermeister (siehe Anwesenheitsliste, Anlage 1)
<u>es fehlten:</u>			Herr Stein - entschuldigt Herr Pfarrer Natho - entschuldigt
<u>Mitarbeiter der Verwaltung:</u>			Herr Fischer – Erster Beigeordneter Frau Slanina - Rechtsreferendarin
<u>Teilnahme der Bevölkerung:</u>			ca. 30 Personen
<u>Presse:</u>			Frau Probst, Märkische Oderzeitung

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Gemeindevertretung; Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit;
2. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 19.03.2007
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Termine / Sonstiges
6. Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses
7. Anfragen der Gemeindevertreter / Ortsbürgermeister
8. Einwohnerfragestunde (30 Minuten)
9. Benennung von Frau Kornelia Peters, sachkundige Einwohnerin, durch die SPD-Fraktion für den Sozialausschuss

VORLAGEN und ANTRÄGE:

10. Vorlage P V 19/2007 Umstellung der Finanzierung von Kindertagesstätten freier Träger durch die Gemeinde Panketal

- | | | |
|-----|---------------------------------------|--|
| 11. | Vorlage P V 122/2005/14 | Bauantrag und Stellplatzablösung für den Spielplatz im Robert-Koch-Park |
| 12. | Vorlage P V 122/2005/15 | Abwägung zum Entwurf des B-Planes Nr. 5 P „Sport- und Spielpark Straße der Jugend“
- 2. Öffentlichkeitsbeteiligung mit Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu den ergänzten und geänderten Teilen des Planentwurfes |
| 13. | Vorlage P V 53/2007 | Sanierung der Fußgängerbrücke über die Panke im Zuge der Fontanestraße |
| 14. | Vorlage P V 56/2006/1 | Bestätigung Entwurfsplanung Schulhofgestaltung Grundschule Schwanebeck |
| 15. | Vorlage P V 56/2006/2 | Bestätigung Rahmenplan Schulstandort Schwanebeck |
| 16. | Vorlage P V 07/2005/5 | Straßenzug Rudolf-Breitscheid-Straße und Ernst-Thälmann-Straße im OT Schwanebeck, Maßnahmen zur Verkehrssicherung für den Abschnitt Gletscherstraße bis Zillertaler Straße |
| 17. | Vorlage P V 55/2007 | Grunderwerb Straßenland Lahnstraße, Weichselstraße und Moselstraße |
| 18. | Vorlage P V 49/2006/5 | Flächennutzungsplan der Gemeinde Panketal, Ermächtigung des Bürgermeisters zur Auftragsvergabe |
| 19. | Vorlage P V 56/2007 | Geplante Erneuerung der Eisenbahnbrücken in der Gemeinde Panketal, Festlegung der lichten Verkehrsräume |
| 20. | Vorlage P V 85/2006/2 | B-Plan Entwurf Nr. 6 P „Holbeinstraße“, OT Zepernick - Billigungs- und Auslegungsbeschluss |
| 21. | Vorlage P V 178/2004/4 | B-Plan Nr. 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT OT Schwanebeck
- Abwägung zum Entwurf, Planungsstand 2006
- Satzungsbeschluss |
| 22. | Vorlage P V 13/2004/4 | B-Plan Nr. 9 „Alt Zepernick / Ecke Neckarstraße“ – Aufhebung des Satzungsbeschlusses |
| 23. | Vorlage P V 57/2007 | Abstufung der Gemeindestraßen in Neu Schwanebeck |
| 24. | Mitteilungsvorlage
P MV 117/2005/4 | Jahresrechnung 2006 der Gemeinde Panketal |
| 25. | Mitteilungsvorlage
P MV 48/2007 | Auslastung der Sporthalle Schwanebeck |
| 26. | Antrag P A 48/2007/1 | Schul- und Breitensporthalle Schwanebeck |

- | | | |
|-----|---------------------|---|
| 27. | Vorlage P V 50/2007 | Aufhebung der Haushaltssperre für die Haushaltsstelle 79100.71830 – Durchführung der Schlendermeile - |
| 28. | Antrag P A 47/2007 | Neugestaltung des Genfer Platzes im Panketaler Ortsteil Schwanebeck |
| 29. | Antrag P A 49/2007 | Kunstrasentrainingsplatz für SG Einheit Zepernick |

Alle Anträge und Vorlagen der öffentlichen Tagesordnung können auf der Internetseite www.panketal.de in der Rubrik Bürgerforum / Ratsinformation / GV-Sitzungen eingesehen werden.

Zugang zur Sitzung bis 19.15 Uhr über den Haupteingang des Rathauses, danach über den Seiteneingang.

IN NICHT ÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | |
|-----|---|
| 30. | Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 19.03.2007 |
| 31. | Anträge zur Tagesordnung |
| 32. | Bericht des Bürgermeisters |
| 33. | Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses |
| 34. | Anfragen der Gemeindevertreter/Ortsbürgermeister |
| 35. | Termine / Sonstiges |

VORLAGEN und ANTRÄGE:

- | | | |
|-----|--------------------------------------|---|
| 36. | Vorlage P V 52/2007 | Bestätigung eines Mietvertrages – Verlagerung des Bauhofes, Aufhebung der Haushaltssperre |
| 37. | Vorlage P V 54/2007 | Straßen- und Wegebeleuchtung Panketal – Änderung des Betriebsführungsvertrages mit der E-ON edis AG über die aufgemufften Straßenbeleuchtungen |
| 38. | Mitteilungsvorlage
P MV 35/2006/3 | Neubau einer Schulmensa – Submissions-
ergebnisse |
| 39. | Mitteilungsvorlage
P MV 69/2005/2 | Neubau des Radweges an der B2 (Bernauer
Chaussee) von der Birkholzer Straße bis Orts-
Grenze Bernau, Protokoll zur Anliegersamm-
lung vom 27.02.2007 |
-

Am 16.06.2007 wird wieder in der Schönower Straße die Schlendermeile durchgeführt. Diese findet aber nur statt, wenn mindestens 35 Anmeldungen von Gewerbetreibenden vorliegen. Bisher sind es 20.

Macht weiterhin auf die Internetseite unter Aktuelles – newsletter – aufmerksam. Hier geht es um den Panketalboten, aber auch um Veranstaltungen. Hier muss man nur seine e-mail-Adresse eingeben und man erhält dann z.B. jede neue Ausgabe des Panketalboten in elektronischer Form oder Veranstaltungshinweise. Hier auch noch eine Bitte an Vereine, sich auf dieser Seite mit einzubringen. Man hat somit die Möglichkeit, in kürzester Zeit Veranstaltungstermine weit zu streuen. Man bekommt auch keine Werbung auf seinen Rechner.

Zu TOP 6: Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses

Herr Bernhardt:

Der Hauptausschuss hat seine Sitzung am 19.04.2007 durchgeführt. Es gab zwei Hauptpunkte, die für heute Abend interessant sind. Die Voten des Hauptausschusses zu den Vorlagen und Anträgen werden dann zu den einzelnen TOP vorgetragen.

Vertreter des Vereins für soziale Gerechtigkeit waren anwesend und stellten Fragen an den Hauptausschuss und es kam der Vorschlag, eine Veranstaltung des Eigenbetriebes Kommunalservice Panketal über Gebührengestaltung und „Wie liest man Jahresabschlüsse“ durchzuführen. Die Beschlussvorlage P V 51/2007 – Voranfrage zum Neubau einer Mensch-Tier-Begegnungsstätte im Ortsteil Hobrechtsfelde auf dem Gutshof – wurde durch den Hauptausschuss beschlossen.

Weitere Informationen aus dem Hauptausschuss gibt es nicht.

Zu TOP 7. Anfragen der a) Gemeindevertreter / Ortsbürgermeister

Frau Stark:

eröffnet die Fragestunde um 19.20 Uhr.

Frau Wolschke:

Im November hat die Gemeindevertretung mehrheitlich den Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung in der Mühlenstraße beschlossen. Dieser ist bis heute nicht umgesetzt – fast ein halbes Jahr nach Beschlussfassung. Wann erfolgt die Umsetzung?

Herr Fischer:

Der Bürgermeister erwähnte vorhin die Anordnung des Radweges zur Bucher Straße. Auch für die Mühlenstraße ist sie Ende letzter Woche gekommen und wird jetzt auf den Weg gebracht.

Herr Wetterhahn:

Weiß der Bürgermeister, was hinter dem Bahnhof für Tiefbohrungen durchgeführt werden?

Herr Fornell:

verneint die Frage, wird sich sachkundig machen.

Herr Draeger:

Die Straße in Hobrechtsfelde von der Berliner Grenze bis zur Schönwalder Chaussee – ist das Gemeindeeigentum?

Weiter geht es um die Umsetzung des Beschlusses P A 174/2004 – Konzept 750-Jahrfeier Schwanebeck. Hierzu gibt es keine Antwort in der schriftlichen Anfrage.

Herr Fornell:

Über das Thema wurde bereits in einer Vielzahl von Veranstaltungen berichtet. Es gibt bereits seit Monaten eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Umsetzung des Konzeptes beschäftigt. Es gab sogar eine spezielle Versammlung zu diesem Thema. Das Konzept ist durch praktisches Handeln umgesetzt. Man kann alle Protokolle zu diesem Thema lesen. Aber auch Frau Zillmann kann jederzeit über den Arbeitsstand berichten. Er habe aber auch kein Problem damit, den ganzen Stapel Papier zusammenzufassen, zu kopieren und zu verteilen. Das halte er aber für überflüssig, weil in der Umsetzung des Konzeptes bereits weit vorangeschritten wurde.

Herr Timreck:

Die erste Zusammenkunft der Arbeitsgruppe fand bereits 2005 statt und diese arbeitet kontinuierlich. Ein Festkomitee wurde ebenfalls gegründet. Die 750-Jahrfeier soll als Gemeindefest gelten. Für die Durchführung dieser Festlichkeiten wurde die SG Einheit Zepernick beauftragt. Nach Rücksprache mit Frau Hube wurde sich darauf geeinigt, den Gemeindevertretern im Mai über den Sachstand eine Mitteilungsvorlage zukommen zu lassen. Es wurde auch eine Festschrift veröffentlicht. Die Eröffnung am 07.09. beginnt in der Kirche mit einem Konzert und endet an diesem Tag mit dem City-Konzert. Am 2. Tag ist ein Umzug geplant sowie Kinder- und Familienspiele, der 3. Tag ist dem Sport gewidmet.

Herr Draeger:

Wir brauchen dann aber auch keine Beschlüsse mehr fassen, wenn sie nicht erfüllt werden. Formalien sind dazu da, dass die eingehalten werden.

Herr Fornell:

verspricht, das Papier zu übergeben.

Herr Draeger:

will es nicht, denn darum geht es nicht.

Herr Wetterhahn:

Es geht doch hier darum, dass ein Beschluss gefasst wurde, indem es heißt, dass die Konzeption der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Dies ist nicht erfolgt.

Frau Schmidt:

In der letzten Kreistagssitzung ging es u.a. auch um die Stützpunkt-Feuerwehren. Zur nächsten Sitzung im Mai sollte die Gemeindevertretung darüber informiert werden, inwieweit Panketal mit einbezogen wurde und welche Auswirkungen dies auf die FFW Schwanebeck und Zepernick hat.

Weiterhin wurde auf der Kreistagssitzung die Schulentwicklungskonzeption, so wie sie durch den Kreis vorgelegt wurde, beschlossen. Die Stellungnahmen der Kommunen fanden keine Berücksichtigung.

Weitere Anfragen von Gemeindevertretern bzw. Ortsbürgermeister liegen nicht vor.

Zu TOP 8. EinwohnerfragestundeFrau Stark:

eröffnet um 19.30 Uhr die Einwohnerfragestunde.

(Herr Dr. Fittkau erscheint um 19.18 Uhr zur Sitzung, somit sind 25 Gemeindevertreter und der hauptamtliche Bürgermeister anwesend.)

Frau Thomas, Anwohnerin Bernauer Straße:

hält wiederum ein längeres Statement zum Bebauungsplan Nr. 4 P „Bernauer Straße“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss und möchte ausdrücklich auf die Gefährdung der Kinder und Benutzer des Rad-/Fußweges aufmerksam machen.

Frau Dreizig, Anwohnerin Straße der Jugend:

Die Abwägung zum Sport- und Spielpark liegt heute zur Beschlussfassung vor und sie wurde auch schon in den Fachausschüssen behandelt. Aber, diese Behandlung ist für die Anwohner nicht zufrieden stellend erfolgt. Zum Beispiel die Einzäunung. Es heißt immer, eine Einfriedung, keine Einzäunung, aber auch die Parkplatzproblematik ist ungelöst. Alle Anlieger haben Angst, weil die Parkplatzprobleme immer auf den Straßenausbau geschoben und die Kosten auf die Anwohner umgelegt werden. Man muss aber auch die Bedenken der Anwohner annehmen, weil die Zusagen, die bisher durch die Gemeinde gemacht wurden, nie eingehalten werden, z.B. Ordnung und Sicherheit, Sauberkeit, Osterfeuer. Ein weiteres großes Problem ist die Ordnung und Sicherheit betreffs Verschließbarkeit des Objektes. Das Thema wird zwar angeschnitten, aber später wird es wieder auf die Sportplatzleitung geschoben. Aber die ganzen bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass sich bis jetzt dort noch nichts getan hat.

Frau Degen, Anwohnerin Straße der Jugend:

macht Ausführungen zum Vandalismus. Die Statistik besagt, dass innerhalb eines Jahres auf einem Abschnitt von 200 Metern bis zum Eingang des Parks 38 kriminelle Delikte zu verzeichnen waren und das ist für die Anwohner sehr beunruhigend. Weiterhin geht es um den Lärmschutz. Der Lärmschutz kann sich nicht darauf beschränken, dass zum Wohngebiet nur ein 7,5 Meter breiter Pflanzstreifen angelegt und der Lärmschutz nicht dafür genutzt wird sowie vor der Skaterbahn eine 3 Meter Höhe Schallschutzwand zu errichten. Andere Gemeinden, wie z.B. Ahrensfelde, haben bei einem Sportplatz vor einer Wohnbebauung einen Pflanzenerdwall errichtet und in Wernhagen existiert auch ein Sportplatz, mit weniger Sportmöglichkeiten, wie er in Panketal entstehen soll und hier wurde ein Erdwall mit Bepflanzung errichtet. Die Frage lautet nun, welche Lärmschutzmaßnahmen sind für Zepernick noch angedacht?

Herr Fischer:

Wir sind im Verfahren, einen B-Plan aufzustellen. Im Rahmen des Verfahrens wurde auf die Dinge eingegangen und die entsprechende Abwägung aller Bedenken und Anregungen wird zum jeweiligen TOP vorgenommen.

Frau Wolschke:

Werden die Abwägungsergebnisse den an der Abwägung Beteiligten mitgeteilt?

Herr Fornell:

Nach der Abwägung erhalten alle Bescheid.

Herr Dr. Fittkau:

versteht das Anliegen der Anwohner nicht und er kann auch nicht verstehen, wenn im Zusammenhang mit spielenden Kindern von Kriminalität gesprochen wird. Es gibt keinen statistischen nachweisbaren Zusammenhang zwischen spielenden Kindern und Kriminalität. Zum anderen ist es einem Bürger zuzumuten, Lärm von spielenden Kindern einfach hinzunehmen. Er kann die Auffassung der Anwohner nicht verstehen.

Frau Degen:

Es geht hier nicht um spielende Kinder. Sie habe an einer Sozialausschusssitzung teilgenommen, da ging es um den Spielplatz in der Schlüterstraße. Da stand ein Anwohner auf und sagte, dass man auf diesem kleinen Spielplatz nur Kinder haben möchte, die nicht älter als 8 Jahre sind, da die Älteren zu laut sind. Die Anwohner der Straße der Jugend haben nun einmal den Eindruck, dass bei diesem Großprojekt den Anwohnern alles aufgehalst wird.

Herr Dr. Fittkau:

Kinder sind ein Glücksfall und werden nicht aufgehalst.

Herr Meinert:

hat Fragen zur verkehrsrechtlichen Anordnung des Geh- und Radweges. Sollte die Anordnung der Zeichen in eine oder beide Richtungen vorgenommen werden? Weiterhin hält er ein Statement zum Abwasser- und Gebührenthematik.

Herr Fornell:

bemerkt, dass die Zeichenanordnung nur in Richtung Zepernick vorgesehen ist.

Herr Dr. Tschirmer:

Ihn hat sehr beeindruckt, was der Bürgermeister in seinem Bericht vorgetragen hat und was sich im letzten Monat alles ereignet hat.

Er möchte als Anwohner betonen, dass der Spielplatz an der Straße der Jugend nicht stört. Auch ein Fußballplatz stört nicht. Was die Anwohner bewegt, ist doch, wie sich das ganze Gelände verändert. Wird die Wiese angehoben? Kann das Wasser dann noch genügend ablaufen? Frau Wolschke hatte dazu in der OEA-Sitzung einen Vorschlag unterbreitet, dieser wurde abgelehnt. Die Anwohner sollten in ihrer Lebensqualität nicht beeinträchtigt werden. Man muss hier eine Lösung finden, damit die Grundstücke bei Starkregen nicht überflutet werden. Die Bürgerbeteiligung ist nicht so erfolgt, wie sich die Anwohner das gewünscht hätten.

Herr Fornell:

versteht die Bedenken der Anwohner. Die Funktion der Wiese ist offenkundig. Sie ist ein wichtiger Versickerungsbereich, deren Funktion nicht beeinträchtigt werden darf. Die Anwohner dürfen sicher sein, dass dem Planer und den Gemeindevertretern das Thema bekannt ist und Berücksichtigung findet. Die Einschätzung, dass die Bürgerbeteiligung nicht korrekt und nicht umfassend durchgeführt wurde, stimmt so aber nicht. Über 2 Jahre befasst sich die Gemeindevertretung jetzt mit diesem Projekt und bis jetzt wurde jede Menge Papier dazu produziert. Es gab zahlreiche Petitionen und Unterschriftensammlungen sowie eine Sondersitzung des Petitionsausschusses. Jetzt liegt die Abwägung über alle Bedenken und Hinweise vor. Das Ergebnis mag den Anwohnern vielleicht nicht gefallen, es ist aber in einem korrekt durchgeführten Verfahren entstanden.

Weitere Anfragen von Einwohnern liegen nicht vor. Frau Stark beendet die Einwohnerfragestunde.

Zu TOP 9: Benennung von Frau Kornelia Peters, sachkundige Einwohnerin, durch die SPD-Fraktion für den Sozialausschuss

Frau Stark:

verliest folgende Erklärung:

„Fraktion der SPD

22.03.2007

Erklärung

Sehr geehrte Frau Stark,

die Fraktion benennt Frau Kornelia Peters, Schadowstraße 52, als berufene Bürgerin in den Sozialausschuss.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

J. Rochner

Fraktionsvorsitzender“

Zu TOP 14: Vorlage P V 56/2006/1 – Bestätigung Entwurfsplanung Schulhofgestaltung Grundschule Schwanebeck

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Schwanebeck, der Sozialausschuss, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Herr Fornell:

In der Diskussion im Vorfeld ging es vor allem um den Wasserlauf. Es fand eine Rücksprache mit Frau Kleber und einer Erzieherin vom Zepernicker Hort statt. Dort gibt es auch so etwas. Die Anlage dort ist häufig in Betrieb und wird gut genutzt und von Seiten Zepernick wird die Anlage als ein echtes Highlight bezeichnet. Im Hauptausschuss habe er sich noch gegen einen Wasserlauf ausgesprochen, jetzt aber seine Meinung geändert.

Frau Zillmann:

Der Landschaftsplaner ist heute anwesend. Falls gewünscht, würde sie Rederecht für ihn beantragen.

Frau Wolschke:

bittet darum, dass Frau Zillmann von einem Gespräch in der Schule berichtet.

Frau Zillmann:

Sie habe im Hauptausschuss bereits darüber berichtet. Mit anwesend waren der Schul- und Förderverein, Herr Kadatz sowie Herr Timreck. In diesem Gespräch wurden ernsthaft alle Vorschläge, Anregungen und Kritiken ausführlich diskutiert, u.a. Gestaltung der Pausenaufsicht. Hier werden so viele Lehrer Aufsicht haben, wie notwendig. Weiterhin wurde die Lärmproblematik angesprochen. Hier ist zu sagen, dass beide Schulen gleichzeitig Pause haben und somit egal ist, wer wen stört. Klar ist auch, dass in den Pausenzeiten nicht mit Bällen gespielt werden darf. Wie bereits vom Bürgermeister erwähnt, wird das Projekt als echtes Highlight angesehen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung bestätigt die Entwurfsplanung Schulhofgestaltung Grundschule Schwanebeck.

Die Herstellungskosten betragen 145.000,00 Euro (Brutto). Mittel stehen in Höhe von 45.000,00 Euro in der Haushaltsstelle 21110.94110 zur Verfügung. Die Gemeindevertretung hebt die Sperre der Haushaltsstelle 21110.94110 in voller Höhe auf. Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 100.000,00 Euro werden im Nachtragshaushalt 2007 bereit gestellt. Die Ausführung erfolgt im Jahr 2007, Ziel ist die Fertigstellung 09/2007.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, alle erforderlichen Aufträge auszulösen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 56/2006/1 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 15: Vorlage P V 56/2006/2 – Bestätigung Rahmenplan Schulstandort Schwanebeck

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Schwanebeck, der Sozialausschuss, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage in Variante 2. Folgende Änderung wird in Abänderung der Änderung durch den OEA durch den Hauptausschuss empfohlen:

Der Rahmenplan Variante 2 (Anlage) ist Grundlage für die mittel- bzw. langfristige Planung des Schulhofgeländes der Schulen in Schwanebeck. Die Verkehrsführung auf und vor dem Gelände ist in zukünftige Planungen aufzunehmen. Ein im Bedarfsfall möglicher Standort einer neuen Turnhalle ist auf dem Gelände **ostseits der B 2 im angrenzenden Außenbereich neben dem Schulgelände** oder auf dem Gelände der Schule im Bereich der jetzigen Turnhalle als Neubau oder Ersatzneubau zu planen.

Herr Fornell:

macht sich diese Änderung zu eigen und korrigiert die Nummer der Vorlage auf P V 56/2006/2.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rahmenplan Variante 2 (Anlage) ist Grundlage für die mittel- bzw. langfristige Planung des Schulhofgeländes der Schulen in Schwanebeck. Die Verkehrsführung auf und vor dem Gelände ist in zukünftige Planungen aufzunehmen. Ein im Bedarfsfall möglicher Standort einer neuen Turnhalle ist auf dem Gelände ostseits der B 2 im angrenzenden Außenbereich neben dem Schulgelände oder auf dem Gelände der Schule im Bereich der jetzigen Turnhalle als Neubau oder Ersatzneubau zu planen.

Abstimmung: Stimmenmehrheit dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen

Die Vorlage P V 56/2006/2 wird somit in geänderter Form mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 26: Antrag P A 48/2007/1 – Schul- und Breitensporthalle Schwanebeck

Herr Bernhardt:

Der OEA, der Sozialausschuss, der OBR Schwanebeck, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Herr Voß:

verliert die Änderung aus dem Hauptausschuss:

Die Gemeindevertretung stellt fest, dass die Kapazität und der bauliche Zustand der Sporthalle am Schulkomplex Schwanebeck nicht mehr den Erfordernissen des Schulsports und des Vereinssports entsprechen. Weiterhin wird festgestellt, dass der Schulstandort Schwanebeck mit Grund- und Oberschule gemäß Schulentwicklungsplan des Landkreises Barnim 2007 mittelfristig gesichert ist. ~~Im Jahr 2008 soll daher der Neu- bzw. Ersatzbau einer 2-Feld-Sporthalle realisiert werden.~~ **Es ist beabsichtigt, im Jahr 2008 den Neu- oder Ersatzbau einer kostengünstigen 2-Feld-Sporthalle zu realisieren.** Die Ausschreibung erfolgt im Rahmen eines begrenzt offenen Realisierungswettbewerbes mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb als 2-stufiges Verfahren. Für die Auswahl der Preisrichter ist ein Ausschuss – **bestehend aus je einem Vertreter jeder Fraktion und aus der Verwaltung** - zu bilden.

Die Wettbewerbsteilnehmer werden durch den gebildeten Ausschuss bestimmt (1. Stufe). Die Platzierungen der Wettbewerbsergebnisse werden durch das Preisgericht vorgenommen (2. Stufe). Die Wettbewerbsergebnisse werden der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgestellt.

Für die Durchführung des Verfahrens werden Mittel in Höhe von 13.000 Euro in der Haushaltsstelle 20101.96190 im Nachtragshaushalt 2007 bereitgestellt: 7.500,00 Euro für den 1. Platz, 2.500,00 Euro für den 2. Platz und 3.000,00 Euro für Honorare der Preisrichter.

Die Gemeindevertretung erwartet, dass ihr die Aufgabenstellung des Wettbewerbes (Ausschreibungsunterlagen) vorgelegt wird.

Herr Fornell:

würde dies als Mitteilungsvorlage vorlegen oder der Antrag muss noch mit einem Zusatz versehen werden, der wie folgt lautet:

Die Aufgabenstellung des Wettbewerbes ist durch Beschluss der Gemeindevertretung zu bestätigen.

Die SPD-Fraktion als Einreicher des Antrages macht sich diese Änderung zu eigen. Außerdem wird darum gebeten, zeitnah entsprechende Vertreter aus den Fraktionen zu benennen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stellt fest, dass die Kapazität und der bauliche Zustand der Sporthalle am Schulkomplex Schwanebeck nicht mehr den Erfordernissen des Schulsports und des Vereinssports entsprechen. Weiterhin wird festgestellt, dass der Schulstandort Schwanebeck mit Grund- und Oberschule gemäß Schulentwicklungsplan des Landkreises Barnim 2007 gesichert ist. Es ist beabsichtigt, im Jahr 2008 den Neu- oder Ersatzbau einer kostengünstigen 2-Feld-Sporthalle zu realisieren. Die Ausschreibung erfolgt im Rahmen eines begrenzt offenen Realisierungswettbewerbes mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb als 2-stufiges Verfahren. Für die Auswahl der Preisrichter ist ein Ausschuss – bestehend aus je einem Vertreter jeder Fraktion und aus der Verwaltung - zu bilden.

Die Wettbewerbsteilnehmer werden durch den gebildeten Ausschuss bestimmt (1. Stufe). Die Platzierungen der Wettbewerbsergebnisse werden durch das Preisgericht vorgenommen (2. Stufe). Die Wettbewerbsergebnisse werden der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgestellt.

Für die Durchführung des Verfahrens werden Mittel in Höhe von 13.000 Euro in der Haushaltsstelle 20101.96190 im Nachtragshaushalt 2007 bereitgestellt: 7.500,00 Euro für den 1. Platz, 2.500,00 Euro für den 2. Platz und 3.000,00 Euro für Honorare der Preisrichter.

Die Aufgabenstellung des Wettbewerbes ist durch Beschluss der Gemeindevertretung zu bestätigen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Der Antrag P A 48/2007/1 wird somit einstimmig in geänderter Fassung beschlossen.

Zu TOP 29: Antrag P A 49/2007 – Kunstrasentrainingsplatz für SG Einheit Zepernick

Herr Bernhardt:

Der OEA hat sich gegen die Annahme des Antrages ausgesprochen. Der Sozialausschuss hat den Antrag zur GO gestellt, den Antrag zurückzustellen und Informationen über die Folgekosten und über die Finanzierung einzuholen. Der Hauptausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages mit folgender Änderung:

Abweichend von der Sportförderrichtlinie beschließt die Gemeindevertretung, beschließt zur Errichtung einer Kunstrasenanlage auf dem Gelände des Sportplatzes an der Straße der Jugend der Sportgemeinschaft Einheit Zepernick einen Zuschuss in Höhe von 220.000 Euro zu gewähren. Der Bau der Anlage erfolgt im Rahmen des „goldenen Planes Ost“. Die erforderlichen Mittel sind im Nachtragshaushalt 2007 zu veranschlagen. Sie werden der allgemeinen Rücklage entnommen.

Herr Fornell:

Nur im Rahmen des „Goldenen Planes Ost“ ist es möglich, solch hohe Investitionen zu tätigen. Das ist gut angelegtes Geld. Diese Fläche werden wir mit dem B-Plan sowie so entwickeln. Es ist doch klar, Kinder und Jugendliche, die Sport treiben, machen keinen Unfug. Hier kann man eine sinnvolle Freizeitgestaltung vornehmen. Außerdem kann die Gemeinde sich das auch leisten. Zusammen mit dem Sportverein und den Fördermitteln entsteht hier eine große Investition. Es ist doch gut, wenn die Leute Zugang zur sozialen Struktur finden, wenn sie soziale Kontakte pflegen können, Spaß haben und dabei auch noch was für ihre Gesundheit tun. Dafür sollten uns die 220.000 Euro gut angelegtes Geld sein.

Herr Fischer:

Der Sozialausschuss hat empfohlen, zunächst die Folgekosten für dieses Projekt zu ermitteln und deren Finanzierung. Aus Sicht der Kämmerei ist dieser Antrag sinnvoll und notwendig. Soweit es um kommunale Investitionen geht, schreibt die Gemeindehaushaltsverordnung in § 9 zwingend vor, dass die Kommune, soweit sie Investitionen plant und durchführen möchte, auch die Folgekosten ermittelt, damit der Bauherr auch weiß, mit welchen Folgekosten er zu rechnen hat. Der Kunstrasenplatz ist nicht unbedingt ein Vorhaben der Gemeinde, sie zahlt einen Zuschuss. Gleichwohl ist die Gemeinde hinsichtlich der Folgekosten mit eingebunden, weil der Verein jährlich Zuwendungen für den Betrieb des Sportplatzes von der Gemeinde erhält. Nach seinen Informationen entsteht auch kein zeitlicher Verzug, wenn diese Kosten ermittelt werden. Der Antrag an den LSB kann erst gestellt werden, wenn der Pachtvertrag verändert ist. Der Pachtvertrag muss für solch eine Investition über 25 Jahre laufen.

Die Gemeindevertretung muss sich also ohnehin damit beschäftigen. Deshalb sollte so verfahren werden, wie die Empfehlung aus dem Sozialausschuss lautet.

Herr Voß:

Zu diesem Antrag gab es von vielen Fragen. Dieser Antrag wurde von der SPD-Fraktion eingebracht, nachdem es im Vorfeld viele Gespräche mit dem Sportverein gegeben hatte. Er selbst hatte mit Herrn Bernhardt beim Neujahrsempfang d.J. und mit Vertretern des Sportvereins über diese Begehrlichkeiten gesprochen. Jetzt kam die Finanzierung durch Fördermittel und deshalb – um keine Zeit zu verlieren – wurde der Antrag eingebracht. Es stand auch die Frage, was passiert mit dem Geld, wenn der Förderantrag abgelehnt wird. Dann geht das Geld natürlich nicht an den Sportverein. Mit der Entwicklung des Sportplatzes im Raum Zepernick sollte kein Schlussstrich gezogen werden. Es gibt sinnvolle Ideen zur Gestaltung des Ortes. Ruft die Gemeindevertreter auf, das als einen Teil zu sehen, was unseren Ort bemerkenswerter schöner macht.

Herr Jehle:

hat eine Frage an den Bürgermeister im Zusammenhang mit dem Schreiben vom 04.04.2007, in welchem man sich auf diesen Antrag bezog. Darin heißt es zum einen, dass Eigenmittel durch den Verein nur durch Eigenleistungen erbracht werden – also durch tatsächliche Handlungen – und auf der anderen Seite heißt es dann, dass von solchen Eigenleistungen wegen möglicher Probleme bei der Gewährleistung am besten abgesehen werden soll. Nach dem Vorschlag, der sich im Hauptausschuss herausgebildet hat, wird nun welcher Beitrag, der durch den Sportverein zu erbringen ist, vorgesehen?

Herr Fornell:

Der Sportverein würde dann einen Beitrag im Wert von 0,00 Euro zu leisten haben.

Frau Schmidt:

Im Beschlusstext geht es um 220.000 Euro. Wenn der Sportverein dann keine Eigenleistungen im Wert von 73.000 Euro erbringen würde, dann würde es sich doch um einen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro handeln.

Herr Fornell:

Der Hinweis ist richtig. Wenn wir das Angebot des Sportvereins zur Erbringung von Eigenleistungen ausschlagen, dann wäre die Finanzierung daraufhin abzustimmen. An dieser Stelle sei bemerkt, dass die Gemeinde kein Bauherr ist, sondern nur einen Zuschuss gibt. Der Beschluss ist eigentlich nur Grundlage dafür, dass der Sportverein als Bauherr einen Antrag stellen kann. Das Geld würde in diesem Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit auch gar nicht haushaltswirksam werden. Hier geht es nur darum, für den Bauherren die Finanzierung wasserdicht zu machen, so dass gegenüber dem LSB deutlich gemacht werden kann, dass Eigenmittel aufgebracht werden können, ein Zuschuss durch die Gemeinde erfolgt und dann muss abgewartet werden, was der LSB dazu sagt. Wenn er das Vorhaben ablehnt, findet das ganze Projekt nicht statt. Es geht nur darum, einen wasserdichten Antrag an den LSB zu richten, der es ermöglicht, dass wir in den „goldenen Plan Ost“ hineinkommen. Wenn der Termin der Antragstellung verpasst wird, muss wieder ein Jahr gewartet werden. Was die Ermittlung der Folgekosten betrifft, hat Herr Fischer Recht. Diese müssen ermittelt werden.

(Herr Bona erscheint um 20.15 Uhr zur Sitzung, somit sind 26 Gemeindevertreter und der hauptamtliche Bürgermeister anwesend.)

Herr Friehe:

stellt fest, dass es hier um Gesamtkosten in Höhe von 730.000 Euro geht. Davon kommen 417.000 Euro aus dem „goldenen Plan Ost“ und nach unseren letzten Berechnungen 312.000 Euro von der Gemeinde, macht zusammen ca. 730.000 Euro, die dann im Eigentum der SG Einheit Zepernick stehen und er fragt sich, ob das so sein muss. Es ist unser Platz, es ist unser Grundstück. Wäre nicht wenigstens die Möglichkeit zu prüfen, dass das Eigentum an dieser Sportbahn auch die Gemeinde erwirbt?

Herr Fornell:

Die Frage stellt sich doch, welchen Zweck hat ein Sportplatz und ist die Gemeinde als Eigentümerin eines Sportplatzes die richtige? Der Sportplatz ist eine originäre Ausstattung von einem Sportverein. Dieser Sportverein existiert seit 80 Jahre. Es ist also nicht zu befürchten, dass der Sportverein SG Einheit Zepernick den Kunstrasen aufrollt und sich einen anderen Standort z.B. in Polen sucht. Der Verein ist ein Stück dieser Gemeinde und gehört in den Ort, wie z.B. die Kirche oder die Feuerwehr. Was die Bewirtschaftung betrifft, muss einmal gesagt werden, dass der Sportverein augenblicklich im Jahr 15.000 Euro Bewirtschaftungskosten erhält. Diese Mittel werden für die Pflege und Betreibung des Sportplatzes genutzt und auch für Personalkosten des Jugend- und Sporttreffs. Das sind übrigens Zuschüsse, die gegenüber dem letzten Jahr gekürzt wurden, entgegen der allgemeinen Preisentwicklung – z.B. Erhöhung Strom- und Wasserkosten.

Herr Jehle:

Es soll ja den Kunstrasenplatz geben. Aber die Kosten müssen fair verteilt werden. Er möchte aber noch einmal auf zwei Sachen eingehen und zwar zuerst auf die Eigenleistungen des Vereins. Er ist sich ziemlich sicher, dass es bei der Anlage eines Kunstrasenplatzes auch Tätigkeiten zu verrichten gibt, die der Sportverein durch Eigenleistungen erbringen kann, ohne dass problematische Gewährleistungsfragen auftreten. Die Fläche muss doch z.B. umgegraben werden, bevor der Kunstrasen überhaupt angelegt werden kann. Der Verein kann sich also durchaus einbringen, auch wenn seitens der Verwaltung davon abgesehen werden soll. Zum anderen wurde darüber gesprochen, dass der Verein diverse Einnahmequellen aus Veranstaltungen, wie Volksfeste, Hochseilklettergarten usw., hat. Kann der Verein sich nicht mit einem Teil dieser Mittel beteiligen?

Herr Wilhelm:

Es geht hier nicht um die Einnahmen des Vereins. Der Verein will 1/3 vom Gesamtvolumen haben und geht mit diesem 1/3 auf den Bund bzw. das Land zu. Wer dem Kämmerer, Herrn Fischer, zugehört hat, weiß, dass eine Voraussetzung für die Beantragung dieser Fördergelder ist, dass der Sportverein einen Pachtvertrag über 25 Jahre für den Sportplatz aufweist. Den hat er aber nicht. Deshalb die Frage, warum sollen wir jetzt den zweiten vor den ersten Schritt machen? Man sollte erst über den Pachtvertrag reden. Wenn dann eventuell noch ein Betreiberkonzept vorliegt, kann man weiter sehen. Die SPD-Fraktion müsste nun den Antrag zurückziehen, um in der nächsten Sitzung vielleicht erst einmal den Pachtvertrag zu behandeln.

Frau Schmidt:

Die Notwendigkeit eines solchen Platzes ist erkennbar. Aber, wir haben eine Sportförderrichtlinie. Und deshalb wundere sie sich darüber, dass der Antrag durch die SPD-Fraktion eingebracht wurde. Denn gemäß Richtlinie ist der Verein dafür zuständig und muss sich an die Verwaltung wenden. Der Verein muss die Dinge begründen und auch den Einsatz von Eigenmitteln benennen. Wir haben in der Sportförderrichtlinie ausdrücklich eine Eigenbeteiligung in Höhe von 20 % festgelegt und die Gewährung eines Zuschusses setzt voraus, dass alle Zuschussmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Lt Richtlinie ist es durchaus möglich, dass unentgeltliche Arbeitsleistungen von dem Verein gebracht werden.

Herr Fornell:

Aus den 500.000 Euro wurden die dezentralen Spielplätze finanziert, z.B. Genfer Platz, Deutsche Eiche. Ca. 200.000 Euro befinden sich aber noch in der Haushaltsstelle. Sein ursprünglicher Vorschlag an Frau Hube war, für diese Finanzierung die im Haushalt bereits eingestellten Mittel für den Sport- und Spielpark zu verwenden.

Dann kam von Frau Hube und auch Herr Fischer wird sich daran erinnern, das Argument, man solle das Vermengen dieser Mittel lassen und dafür aus der Rücklage nehmen. Der Antrag für den „goldenen Plan Ost“ ist durch Vereine zu stellen und nicht durch die Verwaltung.

Herr Fischer:

gab die Empfehlung, weil er sie nach wie vor für richtig halte. Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel betreffen Projekte der Gemeinde, hier geht es aber um einen Zuschuss an einen Verein. Diese Vermischung darf einfach nicht sein, weil sie haushaltsrechtlich nicht zulässig ist. Insoweit ist für den Zuschuss eine getrennte Veranschlagung notwendig.

Herr Schwertner:

Die Frage nach den Folgekosten hat Herr Schmieglitz im OEA mit 2.500 Euro pro Jahr benannt und zwar vergeben in Fremdleistung. Er legte auch dar, wie die Finanzierung aufgebracht werden wird. Er möchte auch noch einmal betonen, dass dies ein Antrag des Sportvereins hätte sein müssen, daran stoßen sich anscheinend heute viele. Der Antrag ist nicht sauber formuliert und es fehlt Zahlenmaterial.

Frau Stark:

stellt fest, dass eine Pause von 5 Minuten zur Verständigung in den Fraktionen gewünscht wird.

- Pause –

Nach der Pause erhält Herr Schmieglitz von der SG Einheit Zepernick Rederecht.

Herr Schmieglitz:

bedankt sich für das Rederecht und stellt fest, dass es in der Gemeindevertretung einen unterschiedlichen Wissensstand gibt. Wir hatten das Hauptproblem der Förderung insgesamt. Es ist so, dass es eine Förderung über den „goldenen Plan Ost“ nur noch bis 2009 gibt. Damit bestand die Gefahr, wenn die Einreichung nicht mehr in diesem Jahr erfolgt, dass es dann genau wie in Basdorf erfolgt und das Projekt geteilt wird. Hier kam oft der Vorwurf, dass wir keinen Antrag gestellt haben. Das ist so nicht richtig. 2003 stellten wir im Rahmen der Förderrichtlinie an die Gemeinde einen Antrag auf einen Kunstrasenplatz. Dieser Antrag wurde aufgrund der Tatsache, dass die Entwicklung des Sport- und Spielparkes noch nicht zu weit fortgeschritten war, dass eine Bebauung dort überhaupt eine Rolle spielt, in jedem Jahr zurückgeschoben. Im Jahr 2006 haben wir über den Landkreis Barnim einen Antrag eingereicht und von dort die Antwort bekommen, dass wir in die Beantragung im Rahmen des „goldenen Planes Ost“ gehen müssen. Dieses ist der Werdegang. Die Förderrichtlinie des Landessportbundes schreibt maximal 10 % vor. Dem Bauamt wurde auch eine Übersicht über Eigenmittel und ein Leistungsverzeichnis übergeben. Weiterhin wurden Nutzungsdauer und Folgekosten angesprochen. Am 24.03.2007 sind diese Unterlagen vom Sportverein nachgereicht. Man geht hier von einer Nutzungsdauer von 12 bis 15 Jahre aus, d.h. 15.000 Spielstunden, ca. 8.000 Trainings- und Spieleinheiten. Zu den Folgekosten gibt es ein Angebot eines Ingenieurbüros über 2.800 Euro im Jahr. Das Angebot beinhaltet eine Tiefenreinigung, eine Ausrichtung, Wiederbefüllung und Ausbesserung. Der Betriebsaufwand muss über Eigenleistungen und technische Geräte vom Sportverein erbracht werden. Idealbedingung wäre, wenn es dort

eine Zusammenarbeit mit dem Reitverein „Hubertus“ gäbe. Dann könnte man nämlich Geräte erwerben, die beide Vereine anwenden können. Weiterhin gibt es Kontakte zum Job-Center. Über diesen Weg würde dann die Pflege des Kunstrasens realisiert.

Herr Voß:

stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Frau Stark:

stellt fest, dass es einen Antrag auf namentliche Abstimmung und einen Antrag zur Geschäftsordnung gibt.

Frau Schmidt:

fragt, wie der Antrag zur Geschäftsordnung lautet.

Frau Stark:

Das ist der Antrag aus dem Sozialausschuss auf Zurückstellung an die Verwaltung und Einarbeitung der Folgekosten und Finanzierung.

Abstimmung über den

Antrag auf namentliche Abstimmung: einstimmig dafür

Durchführung der namentlichen Abstimmung:

über die Zurückstellung des Antrages an die Verwaltung und Überarbeitung:

Stimme dafür	Stimme dagegen	Stimmenthaltung
Herr Dr. Baeseler Herr Bernhardt Herr Bona Herr Draeger Herr Prof. Dr. Elsner Herr Dr. Fittkau Herr Friehe Herr Jehle Herr Köbke Herr Pick Frau Dr. Pilz Frau Schmidt Herr Schwertner Herr Wilhelm Frau Wolschke	Herr Fornell Herr Michel Herr Rink Herr Rochner Frau Stark Herr Thiele Herr Thomaschewski Herr Voß Herr Wetterhahn Frau Zillmann	Herr Liebich
15 Stimmen dafür	10 Stimmen dagegen	1 Stimmenthaltung

Der Antrag P A 49/2007 wird somit zurückgestellt an die Verwaltung und überarbeitet zur nächsten Sitzung vorgelegt.

(Herr Prof. Dr. Elsner verlässt um 21.00 Uhr die Sitzung)

Zu TOP 10: Vorlage P V 19/2007 – Umstellung der Finanzierung von Kindertagesstätten freier Träger durch die Gemeinde Panketal

Herr Bernhardt:

Der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage mit den Änderungen aus dem Sozialausschuss und den Änderungen vom 13.03.2007:

Änderungen vom 13.03.2007:

§ 1 (1) Satz 2 erhält folgende Fassung:

Der Wortlaut der KitaFR ist in der Regel zum Bestandteil eines jeden Zuwendungsbescheides zu machen, der aufgrund dieser **Richtlinie** ~~Verwaltungsvorschrift~~ erlassen wird.

§ 4 (1) Satz 2 erhält folgende Fassung:

Entsprechend der Haushaltslage und im Ergebnis der Prüfung des Antrages **soll** ~~kann~~ nach § 16 Abs. 3 Satz 2 KitaG der Zuschuss angemessen erhöht werden (s. §§ 13 ff dieser Richtlinie).

§ 8 (2) Pkt. c) erhält folgende Fassung:

c) die Wirtschaftsfläche des Grundstückes **in der Größe** von 25 % der anerkannten Freispielfläche ~~in der Größe~~ (z.B. Zuwegungen, Abstell- und Lagerflächen, Müll-containerstellflächen, Standplätze für Kfz, Fahrräder und Kinderwagen, Laderampen).

§ 16 (2) Satz 1 erhält folgende Fassung:

Der Antrag auf die angemessene Individualfinanzierung wird durch die Gemeindeverwaltung zusätzlich zu den in § 15 ~~45~~ Abs. 2 benannten Kriterien geprüft:

§ 16 (3) Satz 1 erhält folgende Fassung:

Stellt der freie Träger einen Antrag auf angemessene Individualfinanzierung, soll der Zuwendungsbescheid in denselben Fristen und mit den gleichen Zahlungsmodalitäten wie unter § 13 ~~Abs. 4~~ dieser Richtlinie beschrieben, erlassen werden.

Änderungen vom 17.04.2007:

Die Richtlinie wird als Verwaltungsrichtlinie, nicht als Satzung beschlossen. Entsprechend ändert sich der Vorspann

„Auf Grundlage

- der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO),
- des Sozialgesetzbuches Achtes Buch (SGB VIII),
- des Brandenburgischen Kindertagesstättengesetzes (KitaG)

und begleitender Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung, hat die Gemeinde Panketal in ihrer Sitzung am folgende Verwaltungsrichtlinie beschlossen:“

Weitere Änderungen im Text:

Bei § 3 Abs. 1 4. Spiegelstrich 2. Zeile wird der Betrag von 400 Euro durch den Betrag **3.000 Euro** ersetzt.

Bei § 8 Abs. 6 Buchstabe c) beginnt wie b) und d) mit dem Wort **„zusätzlich“**.

§ 18 wird in Abs. 1 und 2 gegliedert. Die Übergangsregelungen gelten vom **01. 01. 2007 bis 31. 12. 2007**, nicht vom 01.04.2007 bis 30.06.2007.

§ 19 – Die Richtlinie tritt ab **01. Januar 2007** in Kraft, nicht am 01. April 2007.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Kita-Finanzierungsrichtlinie für die Bezuschussung freier Träger von Kindertagesstätten in der Fassung der Anlage mit den o.g. Änderungen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 19/2007 wird somit einstimmig in geänderter Form beschlossen.
Zu TOP 11: Vorlage P V 122/2005/14 – Bauantrag und Stellplatzablösung für den Spielplatz im Robert-Koch-Park

Herr Bernhardt:

Der OEA, der Sozialausschuss, der OBR Zepernick, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage mit der Korrektur eines Schreibfehlers:

... Einmalzahlung ...

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den für die Errichtung des Spielplatzes im Robert-Koch-Park gemäß Stellplatzsatzung der Gemeinde Panketal erforderlichen Stellplatz mit der Einmalzahlung von 1.950 Euro abzulösen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 122/2005/14 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 12: Vorlage P V 122/2005/15 – Abwägung zum Entwurf des B-Planes Nr. 5 P „Sport- und Spielpark Straße der Jugend“, - 2. Öffentlichkeitsbeteiligung mit Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu den ergänzten und geänderten Teilen des Planentwurfes

Herr Friehe:

führt die Abwägung durch:

Seite 1:

a) Untere Naturschutzbehörde:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 2:

a) Untere Naturschutzbehörde:

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 2:

b) Untere Bodenschutzbehörde:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 3:

c) Untere Wasserbehörde:

Frau Wolschke:

gibt sich mit der Begründung der Wasserbehörde, dass zusätzliche Einleitungen in die Panke nicht erlaubt sind, so lange das Abflussmodell nicht fertig ist, nicht zufrieden. Wir haben hier das Problem, dass es hier Feuchtwiesen sind, die entwässert werden müssen. Man sollte sich noch einmal an die UWB wenden und darum bitten, dass eine Einleitung möglich ist.

Herr Friehe:

Dies würde heißen, dass der 1. Satz der Anmerkung der UWB gestrichen werden soll?

Herr Thomaschewski:

Hier steht doch aber geschrieben, dass bis zur Vorlage eines Abflussmodells keine Einleitung vorgesehen ist.

Herr Friehe:

Wir könnten ergänzen: ... danach aber wohl.

Hier besteht ein Gegensatz zwischen unserer Abwägung und der Anmerkung der UWB.

Frau Wolschke:

möchte, dass die UWB weiterhin dazu aufgefordert wird, dass wir hier Regenwasser einleiten können. Die UWB hat dieses abgelehnt.

Herr Fornell:

Wir kennen das Ergebnis der hydrologischen Untersuchung noch nicht. Deshalb wäre es doch sinnvoller zu schreiben: In Abhängigkeit der hydrologischen Untersuchung ist eine Einleitung möglich.

Herr Wetterhahn:

stellt folgenden Antrag:

Folgende Ergänzung sollte vorgenommen werden: **Gegen die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde wird Einspruch eingelegt unter Hinweis auf das noch zu erwartende hydrologische Gutachten.**

Abstimmung:

Stimmenmehrheit dafür

0 Stimmen dagegen

1 Stimmenthaltung

- Antrag beschlossen

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 3:

f) Strukturenentwicklungsamt:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 4:

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 4:

2. Landesumweltamt vom 02.10.06 und 29.11.06:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 5:

2. Absägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 5:

3. Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Bbg. u. Berlin vom 29.09.06:

Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 5:

4. Bbg. Landesamt für Denkmalpflege u. Archäologisches Landesmuseum vom ... :

Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 6:

7. Polizeipräsidium Ffo/SB Barnim vom 28.09.06:

Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 7:

9. Stadtwerke Bernau vom 28.08.06:

Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 8:

17. AZV Panketal vom 24.08.06 und 28.09.06:

Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 8:

18. Ausschuss für Soziales, Kultur, Jugend und Sport der Gemeinde Panketal ... :

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 3 Stimmen dagegen, 5 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltung

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Frau Dr. Pilz

stellt die Überlegung an, die Skateranlage an den Skaterweg zu verlegen und nicht im Spielpark anzusiedeln.

Herr Fornell:

stellt fest, dass es sich hier um eine Skatbordbahn handelt, d.h. ein Brett auf Rädern. Das ist Quatsch diese Anlage am Skaterweg anzusiedeln. Das eine hat mit dem anderen wenig zu tun.

6. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 7 Stimmenthaltung

Herr Bernhardt:

Schreibfehler: Hier muss es heißen ... und **erd**überdecker Schießtunnel

7. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 6 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 10:

Bürger H:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 5 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 6 Stimme dagegen, 8 Stimmenthaltungen

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 12:

Bürger I:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimme dagegen, 5 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 5 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 1 Stimmenthaltung

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimmen dagegen, 6 Stimmenthaltungen

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 13:

Frau Wolschke:

beantragt zur 6. Abwägung des Bürgers I getrennte Abstimmung, da hier zwei verschiedene Aspekte angesprochen werden.

6. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

7. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 13:

Bürger J:

Herr Bernhardt:

Hier muss es heißen ... **17**jähriger Nutzungsaufgabe ...

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 4 Stimmen dagegen, 10 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 14:

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 2 Stimmenthaltungen

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Frau Schmidt:

beantragt getrennte Abstimmung:

6. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 4 Stimmenthaltungen

7. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimme dagegen, 4 Stimmenthaltungen

8. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimme dagegen, 3 Stimmenthaltungen

9. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 15:

Bürger K:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 25 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 15:

Bürger L:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 3 Stimmenthaltungen

Seite 16:

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Frau Wolschke:

beantragt getrennte Abstimmung des nächsten Punkten.

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 10 Stimmenthaltungen

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 5 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltungen

Seite 17:

6. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 17:

Bürger M:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimmen dagegen, 6 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 4 Stimmen dagegen, 5 Stimmenthaltungen

Seite 18:

Bürger N:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Herr Bernhardt:

Änderung der nächsten Abwägung wie folgt:

Es ist eine offene Einzäunung **in Höhe von 1,50 m bis 2,00 m** geplant.

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 4 Stimmenthaltungen

Seite 19:

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltungen

6. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 19:

Bürger O:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 6 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 20:

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 20:

Bürger P:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 21:

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 1 Stimme dagegen, 7 Stimmenthaltungen

Seite 21:

Bürger Q:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 22:

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 7 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 22:

Bürger R:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 6 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 2 Stimmen dagegen, 8 Stimmenthaltungen

Seite 23:

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 3 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Herr Bernhardt:

Änderung der nächsten Abwägung wie folgt:

Es ist eine offene Einzäunung **in Höhe von 1,50 m bis 2,00 m** geplant.

5. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

Seite 23:

Bürger S:

1. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 3 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen

2. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

Seite 24:

3. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 8 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung

4. Abwägung: Stimmenmehrheit dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Stimmenthaltungen

Die heutige Sitzung wird somit um 22.08 Uhr beendet und am morgigen Tag um 19.00 Uhr fortgeführt.

B. Stark
Vors. der
Gemeindevertretung

M. Jansch
Protokollführerin

Anlage 2

Bericht BM zur 45. GVS am 23.4.2007

Tag der offenen Tür gut besucht, allerdings weniger die Sachbearbeiter im Haus. Dank an die Schulen, das BJW und jene GV die den Bürgern unmittelbar als Ansprechpartner zur Verfügung standen. Die Kombination mit dem Unicef Lauf des FGZ war hinsichtlich der Besucherzahlen hilfreich.

Es wurde am Samstag auch der Werbebus – ein 9 Sitzter Ford Transit der Gemeinde übergeben. Er ist durch Anzeigen von überwiegend ortsansässigen Unternehmern finanziert. Dafür herzlichen Dank. (Foto).

Saisoneröffnung Klettergarten und Eröffnung Skaterweg am 1.4. waren gut besucht und Dank des schönen Wetters eine gelungene Veranstaltung. Inzwischen konnte der 500. Besucher des Klettergartens begrüßt werden.

Verkauf R.-Koch Straße 17 (Zimmer Massiv) ist erfolgt, 64 000 € Einnahmen, davon 75% für Sanierungsmaßnahmen RKP – darin enthalten Kosten für Spielplatz von 25 000 €. Damit stehen ca. 23 000 € für Sanierungen im Park zur Verfügung. Es folgt eine PMV für die GV.

Es gibt nunmehr eine verkehrsrechtliche AO zum Radfahren auf dem Gehweg an der Bucher Straße (Gehweg, Radfahrer frei Zusatzzeichen 1022). Angebotsstreifen auf der Fahrbahn leider wegen Fahrbahnbreite nicht möglich.

Vereinbarung mit Jobcenter Barnim zur Beschäftigung von MAE (Sofortvermittlung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger nach SGB II (Laufzeit vom 2.5.07-30.4.08)

Villa Kunterbunt	1 Stelle,	20 Stunden
Ortsbildverbesserung	3 Stellen,	30 Stunden
Schulzentrum Zepernick	1 Stelle	30 Stunden
Kinderhaus Fantasia	1 Stelle	30 Stunden

Tagespflege ggw. Stand: 19 Tagesmütter betreuen 70 Kinder, Meldung vom 23.4.07

Festschrift 750 Jahre Schwanebeck erschienen, 8500 Expl. verteilt, Rest wird verkauft für 1 Euro. Herzlichen Dank an Herrn Dr. Hayek für die Redaktionsleitung dieser gelungenen Festschrift.

Die Lesung Heine-Heym am 12.4 war außerordentlich gut besucht und ein voller Erfolg. Auch hierfür ist Herrn Dr. Hayek zu danken der sie organisiert hat. Sie wird im September in der Kirche Sb. wiederholt.

Zum Gemeindefest wird am 7. September um 21:30 Uhr City in Schwanebeck spielen.

Es gibt sehr interessante Führungen zur Bau- und Kirchengeschichte der Dorfkirche Schwanebeck. Diese werden von Herrn Weber durchgeführt. Die einstündigen Führungen finden an folgenden Tagen statt: 9.5., 20.6., 18.7., 8.8., 19.9. und 17.10. jeweils 10:30 Uhr an der Kirche.

Seit 2.4. ist für 3 Monate die erste Rechtsreferendarin – Frau Slanina – in der Gemeindeverwaltung an 3 Tagen pro Woche tätig. Sie ist Panketalerin.

Baumpflanzungen 2007

40 Stk.	Lindenberger Weg zw. Goethe und Kleiststraße
40-60Stk.	Karower Straße, Ernst-Toller-Straße etc diverse Lückenfüllungen im Bereich Schwanebeck
9 Stk	Lindenberger Straße
30 Stk	Rigistraße
9 Stk.	FFW Zepernick

Summe: ca. 148 Bäume

Termine:

- Walpurgisnacht am 30.4. vorm Speicher
- Infoveranstaltung Konzessionsverträge am 7. Mai um 18 Uhr vor der Sitzung des OEA.
- Schlendermeile am 16.6. in der Schönower Straße
- Veranstaltung zur Novellierung der Kommunalverfassung mit Minister Schönbohm am 2.5.

Gemeinde Panketal

, den 30.04.2007

NIEDERSCHRIFT**der Fortführung der 44. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Panketal vom 23.04.2006 am 24.04.2006****Beginn: 19.00 Uhr Ende: 21.30 Uhr****Teilnahme der Bevölkerung: 2 Bürger****Noch verbleibende geänderte Tagesordnung:**

- | | | |
|-----|---------------------------------------|--|
| 13. | Vorlage P V 53/2007 | Sanierung der Fußgängerbrücke über die Panke im Zuge der Fontanestraße |
| 16. | Vorlage P V 07/2005/5 | Straßenzug Rudolf-Breitscheid-Straße und Ernst-Thälmann-Straße im OT Schwanebeck, Maßnahmen zur Verkehrssicherung für den Abschnitt Gletscherstraße bis Zillertaler Straße |
| 17. | Vorlage P V 55/2007 | Grunderwerb Straßenland Lahnstraße, Weichselstraße und Moselstraße |
| 18. | Vorlage P V 49/2006/5 | Flächennutzungsplan der Gemeinde Panketal, Ermächtigung des Bürgermeisters zur Auftragsvergabe |
| 19. | Vorlage P V 56/2007 | Geplante Erneuerung der Eisenbahnbrücken in der Gemeinde Panketal, Festlegung der lichten Verkehrsräume |
| 20. | Vorlage P V 85/2006/2 | B-Plan Entwurf Nr. 6 P „Holbeinstraße“, OT Zepernick
- Billigungs- und Auslegungsbeschluss |
| 21. | Vorlage P V 178/2004/4 | B-Plan Nr. 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT OT Schwanebeck
- Abwägung zum Entwurf, Planungsstand 2006
- Satzungsbeschluss |
| 22. | Vorlage P V 13/2004/4 | B-Plan Nr. 9 „Alt Zepernick / Ecke Neckarstraße“ –
Aufhebung des Satzungsbeschlusses |
| 23. | Vorlage P V 57/2007 | Abstufung der Gemeindestraßen in Neu Schwanebeck |
| 24. | Mitteilungsvorlage
P MV 117/2005/4 | Jahresrechnung 2006 der Gemeinde Panketal |
| 25. | Mitteilungsvorlage
P MV 48/2007 | Auslastung der Sporthalle Schwanebeck |

- | | | |
|-----|---------------------|---|
| 27. | Vorlage P V 50/2007 | Aufhebung der Haushaltssperre für die Haushaltsstelle 79100.71830 – Durchführung der Schlendermeile - |
| 28. | Antrag P A 47/2007 | Neugestaltung des Genfer Platzes im Panketaler Ortsteil Schwanebeck |

Alle Anträge und Vorlagen der öffentlichen Tagesordnung können auf der Internetseite www.panketal.de in der Rubrik Bürgerforum / Ratsinformation / GV-Sitzungen eingesehen werden.

Zugang zur Sitzung bis 19.15 Uhr über den Haupteingang des Rathauses, danach über den Seiteneingang.

IN NICHT ÖFFENTLICHER SITZUNG

30. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 19.03.2007
31. Anträge zur Tagesordnung
32. Bericht des Bürgermeisters
33. Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses
34. Anfragen der Gemeindevertreter/Ortsbürgermeister
35. Termine / Sonstiges

VORLAGEN und ANTRÄGE:

- | | | |
|-----|--------------------------------------|---|
| 36. | Vorlage P V 52/2007 | Bestätigung eines Mietvertrages – Verlagerung des Bauhofes, Aufhebung der Haushaltssperre |
| 37. | Vorlage P V 54/2007 | Straßen- und Wegebeleuchtung Panketal – Änderung des Betriebsführungsvertrages mit der E-ON edis AG über die aufgemufften Straßenbeleuchtungen |
| 38. | Mitteilungsvorlage
P MV 35/2006/3 | Neubau einer Schulmensa – Submissions-
ergebnisse |
| 39. | Mitteilungsvorlage
P MV 69/2005/2 | Neubau des Radweges an der B2 (Bernauer
Chaussee) von der Birkholzer Straße bis Orts-
Grenze Bernau, Protokoll zur Anliegersamm-
lung vom 27.02.2007 |

Zu TOP 13: Vorlage P V 53/2007 – Sanierung der Fußgängerbrücke über die Panke im Zuge der Fontanestraße

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Zepernick, der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Herr Fornell:

Herr Bernhardt hat die Textänderung extra noch einmal vorgelesen. Dies bedeutet, auf der einen Seite kommt die Fällungsvariante zum Tragen und auf der anderen Seite sollen Bäume erhalten bleiben. Man muss jetzt hier vergleichen, was geht eigentlich? Der Beschluss hat nicht zum Gegenstand Referenzstrecke Fällung, sondern Fällung – Neuanpflanzung. Und auch nur so würde er der Vorlage zustimmen.

Herr Timreck:

präzisiert den Antrag:

Der OBR schlägt vor, das Teilstück der Gletscherstraße ausgehend von der E.-Thälmann-Straße bis zur Ortsteilgrenze ebenfalls in die Maßnahme mit einzubeziehen, da hinsichtlich der Oberflächenentwässerung dies für notwendig erachtet wird.

Herr Fornell:

spricht sich gegen den Antrag aus.

Frau Stark:

bringt den Antrag des OBR Schwanebeck zur Abstimmung:

**Abstimmung: 0 Stimmen dafür
 Stimmenmehrheit dagegen
 6 Stimmenthaltungen**

- Antrag abgelehnt -

Frau Stark bringt weiterhin den Änderungsantrag des Hauptausschusses zur Abstimmung:

Abstimmung: einstimmig dafür

- Antrag beschlossen –

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Als Maßnahme zur Verkehrssicherung beauftragt die Gemeindevertretung Panketal die Verwaltung den Ausbau des Straßenabschnittes Gletscherstraße bis Zillertaler Straße in der R.-Breitscheid-/E.-Thälmann-Straße hinsichtlich der beitragsrechtlichen Abschnittsbildung und einer separaten Entwässerungslösung zu prüfen. Es ist beabsichtigt, in der Thälmann-Straße einen Erhalt der Bäume und in der Breitscheidstraße die Fällung von Bäumen und Neuanpflanzung durchzuführen. Die Ergebnisse sind der Gemeindevertretung als Grundlage für eine weitere Planung vorzulegen.

Die erforderlichen Mittel bis zur Genehmigungsplanung (Lph. 4 HOAI) für diesen Abschnitt sind in den Nachtragshaushalt einzustellen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 07/2005/5 wird somit einstimmig mit Änderungen beschlossen.

Zu TOP 17: Vorlage P V 55/2007 – Grunderwerb Straßenland Lahnstraße, Weichselstraße und Moselstraße

Herr Bernhardt:

Der Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Panketal beauftragt die Verwaltung, den erforderlichen Umfang von Grunderwerb für Straßenland in der Lahnstraße, Weichselstraße und Moselstraße sowie in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde für mögliche Retentionsräume zu prüfen. Die Bemessung der von dem Eigentümer des Feldes zu erwerbenden Flächen erfolgt gemäß den Beschlüssen der Gemeindevertretung Panketal zur Klassifizierung von Straßen und Festsetzung der Ausbauparameter sowie den Erfordernissen zur Bewirtschaftung des Regenwassers.

Die Sperre der Haushaltsstelle 70000.94690 Planung und Bau Entwässerungsanlagen wird in Höhe von 10.000 EUR aufgehoben.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 55/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 18: Vorlage P V 49/2007 – Flächennutzungsplan der Gemeinde Panketal, Ermächtigung des Bürgermeisters zur Auftragsvergabe

Herr Bernhardt:

Der OEA, die OBR Zepernick und Schwanebeck und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, einen Auftrag für die Erarbeitung eines Flächennutzungsplanes Panketal auszulösen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 49/2006/5 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 19: Vorlage P V 56/2007 – Geplante Erneuerung der Eisenbahnbrücken in der Gemeinde Panketal, Festlegung der lichten Verkehrsräume

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Zepernick und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, abweichend von den nach EAE empfohlenen Straßenräumen, für die Eisenbahnüberführungsbauwerke:

- Bahnhofstraße
- Schönerlinder Straße
- Schönower Straße

kein Änderungsverlangen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKr) § 3 zu stellen.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 56/2007 wird somit mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 20: Vorlage P V 85/2006/2 – Bebauungsplan-Entwurf Nr. 6 P „Holbeinstraße“, OT Zepernick – Billigungs- und Auslegungsbeschluss -

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Zepernick und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6 P „Holbeinstraße“, Gemarkung Zepernick, Flur 3, Flurstücke 2157 bis 2176, gelegen zwischen den Baugebieten „Buchenallee“ und „Schlüterstraße/Buchenallee“ und die Begründung mit Umweltbericht werden in der vorliegenden Fassung, Planungsstand Februar 2007 mit Ergänzung Planungsstand März 2007 gebilligt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6 P „Holbeinstraße“, Gemarkung Zepernick, Flur 3, Flurstücke 2157 bis 2176 und die Begründung mit den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Umweltbericht) werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 über die Auslegung informiert und an der Planung beteiligt.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 85/2006/2 wird somit einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 21: Vorlage P V 178/2004/5 – B-Plan Nr. 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT Schwanebeck
- Abwägung zum Entwurf, Planungsstand 2006
- Satzungsbeschluss**

Herr Bernhardt:

Der OEA, der OBR Schwanebeck und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Durchführung der Abwägung:

Seite 1:

1.1. Strukturentwicklungsamt:

Abwägung: einstimmig dafür

Seite 2:

1.3. Untere Straßenaufsichtsbehörde:

Abwägung: einstimmig dafür

1.4. Untere Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde:

Abwägung: einstimmig dafür

Seite 3:

2.1. Landesumweltamt Bbg., Abt. Immissionsschutz:

Abwägung: einstimmig dafür

Seite 4:

3. Amt für Forstwirtschaft Eberswalde, Untere Forstbehörde:

Abwägung: einstimmig dafür

Ende der Abwägung

Beschluss:

1. **Die zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr: 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT Schwanebeck, gelegen westlich der Deponie Schwanebeck und östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet an der Waldstraße/Zepernicker Straße, Flur 2, Flurstücke 975, 976, Teilflächen der Flurstücke 982 und 984 und der Begründung mit dem Umweltbericht während der betroffenen Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung geprüft und gemäß beigefügtem Abwägungsprotokoll entschieden.**
2. **Der Bebauungsplan Nr. 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT Schwanebeck, gelegen westlich der Deponie Schwanebeck und östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet an der Waldstraße/Zepernicker Straße, Flur 2, Flurstücke 975, 976, Teilflächen der Flurstücke 982 und 984 wird in der Fassung vom März 2007 als Satzung beschlossen.**
3. **Die Begründung mit Umweltbericht wird gebilligt.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bebauungsplan Nr. 1 P „Gewerbegebiet Gehrenberge“, OT Schwanebeck, eine Genehmigung nach § 10 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu beantragen.**

Abwägungsprotokoll siehe Anlage 1

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 178/2004/5 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 22: Vorlage P V 13/2004/4 – B-Plan Nr. 9 „Alt Zepernick / Ecke Neckarstraße“ – Aufhebung des Satzungsbeschlusses

Herr Bernhardt:

Der OEA, der Sozialausschuss, der OBR Zepernick und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

(Herr Jehle erscheint um 19.20 Uhr zur Sitzung.)

Herr Voß:

wird gegen die Vorlage stimmen. Er habe nichts gegen das Bauvorhaben Kita Neckarstraße. Er möchte mit seiner Gegenstimme dokumentieren, dass er die Vorgehensweise bei dieser Vorlage missbilligt. Es handelt sich hier um die Tatsache, dass ein sehr wichtiger Beschluss der Gemeindevertretung durch die Verwaltung nicht ausgeführt wurde.

Eine diebische Freude darüber könne er nicht teilen. Er möchte zur nächsten Sitzung den Verantwortlichen dieses Versäumnisses benannt bekommen.

(Herr Liebich erscheint um 19.22 Uhr zur Sitzung.)

Ausgaben:

Die größte Einsparung ist bei den Personalkosten mit rund 417 T Euro zu verzeichnen. Der Grund liegt u.a. in dem neuen TVÖD.

Der VWH sah im Plan eine Zuführung an den VMH in Höhe von 608 T Euro vor. Tatsächlich konnte jedoch eine Summe von 3.584 T Euro zugeführt werden, also ein plus von 1.976 T Euro.

Im VMH war eine Rücklagenentnahme von 1.901 T Euro geplant. Die günstige Finanzentwicklung führte jedoch dazu, dass eine Rücklagenentnahme nicht notwendig wurde. Vielmehr konnte der Rücklage aufgrund des positiven Abschlussergebnisse eine Summe von 2.170 T Euro zugeführt werden.

Abschließend sei bemerkt, die Finanzsituation der Gemeinde kann man gegenwärtig als stabil bezeichnet werden.

Herr Fornell:

teilt zur Information Folgendes mit:

In der MOZ wird stehen, dass Wandlitz seine Kita-Gebühren senkt. Dies ist verbunden mit der Aussage, dass die Gemeinden jetzt mehr Geld vom Kreis bekommen. Das stimmt auch so und ist nicht gerade wenig. Aber, dass was der Kreis uns jetzt mehr gibt, dass hat er sich über die Erhöhung der Kreisumlage vorher von den Gemeinden geholt. Dieser Sachverhalt ist bitte zu bedenken, falls demnächst eine Diskussion darüber im Raum steht.

Frau Schmidt:

hat sich die geänderten Gebührensatzungen von Wandlitz angesehen. Hier geht es um 120,00 bis ca. 150,00 Euro. Wie begründet Wandlitz das? Denn auch sie haben die höhere Kreisumlage gezahlt. In der Stellungnahme des Kita-Ausschusses des Kreistages kommt aber die Tendenz von Wandlitz auch zum Ausdruck.

Frau Stark:

stellt fest, dass dies nur eine Information durch den Bürgermeister war.

Herr Jehle:

Auf Seite 16 heißt es in den Erläuterungen Nr. 2: Fördermittel für Hochseilklettergarten weniger bewilligt. Was heißt das?

Herr Fischer:

Das wurde schon im Hauptausschuss angesprochen. Hier handelt es sich um einen Schreibfehler. Korrigiert heißt die Erläuterung zu 2. wie folgt:

In Höhe der Mindereinnahmen werden die Fördermittel für den Hochseilklettergarten lt. Änderungsbescheid vom 13.12.2006 im Jahr 2007 kassenwirksam.

Es gab hier einen Fördermittelbescheid, der eine reduzierte Summe vorsah. Dann hat es in Prenzlau Gespräche gegeben mit dem Ergebnis, dass die Mittel wieder auf rd. 150.000 Euro aufgestockt wurden. Die Mittel fließen aber erst 2007, weil es eine Verpflichtungsermächtigung war. Die Schlussabrechnung liegt auch noch nicht vor, so dass der Restbetrag in 2007 kommt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Frau Stark:

stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage P MV 117/2005/4 zur Kenntnis genommen wird.

